

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Februar 1981

Evangelische Verantwortung

Heft 2/1981

Kernenergie — ein Thema für Christen?

Carl A. Duckwitz

Über den jetzigen und zukünftigen Energiebedarf, seine Deckung und die damit verbundenen Auswirkungen für Menschen und Umwelt wird weltweit diskutiert. Innerhalb der Energiediskussion nimmt besonders die Auseinandersetzung über die Kernenergie einen breiten emotionsgeladenen Raum ein. So ist es nicht verwunderlich, daß auf dem letzten Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg auf dem „Markt der Möglichkeiten“ ebenfalls stundenlange und eindringliche Gespräche über das Thema Kernenergie geführt wurden, geprägt von der Sorge um unsere weitere Entwicklung und der Verantwortung für die Zukunft. Fragen und Antworten standen aber auch hier kontrovers im Raum. So werden viele Meinungen vertreten, wir — die heutige Generation — würden die Welt ausplündern. Dagegen steht die Argumentation, daß wir nur mit der Technik und genügender Energieversorgung die Welt des Menschen erhalten und ausbauen können. Es wird behauptet, daß die Techniker bewußt oder unbewußt die Welt vergiften, insbesondere mit Radioaktivität. Auf der anderen Seite ist den meisten Menschen bewußt, daß wir mit der Technik heute Millionen und Abermillionen von Menschen ernähren. Es wird der Vorwurf erhoben, daß mit der Technik, vor allen Dingen mit der Kernenergie, die Menschen gefährdet werden. Dabei ist es eine Tatsache, daß wir durch die Technik, vor allem aber durch die Energieerzeugung, die Lebenserwartung der Menschen wesentlich gesteigert haben und nur durch die Technik in der Lage sind, uns z. B. für die Dritte Welt, für Kranke und für Arme wirksam einzusetzen.

Es ergibt sich also die berechtigte Frage, wie sich Christen, die ja nicht nur im Bereich der Kirche, im Kreis der Familien oder in kirchlichen Vereinigungen tätig sein sollen, mit diesen Themen auseinandersetzen. Das Gebot der Nächstenliebe bedeutet ja wohl auch, daß der Christ sich um das Leben in seiner Gesamtheit kümmert. Dies schließt mit ein die Offenheit für die Möglichkeiten, die diese Welt bereithält. Wir sollten uns daher mit aller uns zur Verfügung stehenden Verantwortung mit dem Themen-

kreis — „Technik, Energie, Kernenergie“ — auseinandersetzen.

Für die Fortsetzung der innerkirchlichen Diskussion und zur Vorbereitung des 19. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg sollen daher einige Erläuterungen zu Schwerpunkten aus dem Themenkreis Kernenergie mithelfen, um auf die für uns brennenden Fragen der Energieversorgung rechtzeitige Antworten finden zu können.

Möglichkeiten der Energieversorgung

Für jedes Land ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten zur Energieversorgung und Energiebereitstellung, den meisten Ländern ist aber gemeinsam, daß die traditionellen Energiequellen der letzten Jahrzehnte — vor allem Öl und Erdgas — immer knapper werden; was noch übrig ist, wird ständig teurer und für einige Länder völlig unerschwinglich. Zwar sind noch große Vorräte fossiler Brennstoffe, vor allem Kohle, in einigen Ländern vorhanden, ihre Verwendung wirft jedoch hinsichtlich der Umweltbelastung und des Abbaus große Probleme auf. Langfristig gesehen — d. h. in etwa 50 Jahren — werden wahrscheinlich nur drei gewichtige Energiequellen zur Verfügung stehen: Kohle, Kernenergie und Sonnenenergie. Jedes Land wird sich daher laufend mit großen Anstrengungen den sich ändernden Notwendigkeiten der Energieversorgung anpassen müssen — Energieversorgung wird ein Dauerthema bleiben.

Den Prognosen für den Verbrauch von Öl und Erdgas ist gemeinsam, daß in einigen Jahrzehnten die Vorräte zur Neige gehen werden. Die Kohlevorkommen sind wesentlich größer und können sich auf einige Jahrhunderte erstrecken. Der Umfang der Welturanreserven entspricht wahrscheinlich dem der Weltölrreserven, sofern Uran nur in herkömmlichen nichtbrütenden Reaktoren verwendet wird. Die Verwendung in Schnellbrütern würde jedoch die Uranreserven um das Sechzigfache ausweiten, so daß für den Einsatz der Kernenergie keine Rohstoffprobleme

bestünden. Sonnenenergie steht unbegrenzt zur Verfügung, wird aber in ihrem wirklichen Einsatz nur auf wenige Länder beschränkt sein können. Nach Aussagen der 11. Weltenergiekonferenz 1980 in München wird im Jahr 2000 — selbst unter sehr optimistischer Betrachtungsweise — mit Sonnenenergie nur 5 % des Primärenergiebedarfs der Welt abgedeckt werden können.

Den knapper werdenden Energievorräten steht aber ein steigender Energiehunger in der Welt gegenüber. Der wesentlichste Faktor aller auf lange Frist angelegten Überlegungen ist hierbei das Bevölkerungswachstum in der Welt. Auf der Erde leben heute etwa 4,5 Milliarden Menschen; diese Zahl wird sicherlich weiter wachsen. Das Bevölkerungswachstum wird in seinem Gefolge einen außerordentlichen Bedarf an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern, vor allem aber an Energie zu Produktions-, Wärme- und Transportzwecken haben. Darüber hinaus müssen die fossilen Vorräte an Kohle, Öl und Gas als wichtige Rohstoffe für die Düngemittelproduktion sowie die chemische und pharmazeutische Industrie, d. h. für den nicht-energetischen Verbrauch, zur Verfügung stehen. Die Spannungen, die sich aus dem Bevölkerungswachstum ergeben, die schon vorhandene Not der Dritten Welt und die Begrenztheit unserer Vorräte stellen uns daher alle vor eine unmittelbare Verantwortung.

Rationelle Energieverwendung

Bei der Diskussion von Energieengpässen werden in besonderem Maße auch Sparappelle vorgetragen. Diese sind ohne Zweifel zu begrüßen und intensiv zu unterstützen. Sie sollten jedoch nicht täuschen und Alibi-Funktionen für unterlassene, unbequeme Entscheidungen übernehmen. Bei aller positiven Bewertung von Sparmaßnahmen darf nicht verkannt werden, daß dadurch die Probleme nur um wenige Jahre verschoben werden.

Wir sollten uns auch von jenen billigen Sparappellen abgrenzen, die eine akute Notlage ausnutzen. Es geht nicht darum, daß wir mit Hacke und Schaufel und mit einfacherem Leben unseren Eigenbedarf wieder selber decken lernen — so könnte die Welt vielleicht nur einen Bruchteil der heutigen Menschheit unter sehr schlechten Bedingungen und bei hohem Lebensrisiko ernähren. Es geht darum, einzusparen durch Rationalisierung und durch ein volles Ausschöpfen der Möglichkeiten der Technik, um mit einem vernünftigen Lebensstandard bei uns menschliche Fähigkeiten frei zu machen für Aufgaben und Investitionen der Zukunft.

Dies bedeutet gleichzeitig, Energie durch Kapital zu ersetzen. Will man z. B. bei der Raumheizung durch Isoliermaßnahmen sparen, so bedeutet dies erhöhte Investitionen für Neubauten oder für nachträgliche Baumaßnahmen bei Altbauten. Eine bereits jetzt schon realisierbare Möglichkeit, Energie zu sparen, ist der Einsatz von elektrisch betriebenen Wärmepumpen. Denkbar ist auch eine Energieeinsparung auf dem Wärmemarkt durch den Einsatz von Fernwärme in Verbindung mit einer Wärmekraftkoppelung. Dies bedeutet, daß bei der Stromerzeugung ein Teil des benötigten Dampfes für Heizzwecke nutzbar ge-

macht wird. Allen diesen Sparmöglichkeiten ist gemeinsam, daß sie einen hohen finanziellen Aufwand notwendig machen.

Mit Kernenergie Öl ersetzen

Da unsere Energieversorgung 1980 noch zu rund 65 % von Öl und Erdgas abhängig war, sind wir und unsere Volkswirtschaft in unserer Abhängigkeit von diesen beiden Energiequellen in einem hohen Maße erpreßbar geworden. Für jeden verantwortlich Denkenden eine unerträgliche Situation; klare Regeln zum Handeln sind leider noch nicht erkennbar. Vor diesem Hintergrund sind Kernenergie und Kohle gemeinsam von großer Bedeutung, da sie gemeinsam Öl ersetzen können. Es sind zudem die Energiequellen, mit denen wir aus eigener Verantwortung und mit eigenem Einfluß unsere Abhängigkeit vom Öl beeinflussen können.

Zur Verminderung unserer Energieimportabhängigkeit wird es notwendig sein, unsere heimische Steinkohle vermehrt einzusetzen. Dies wird aber nicht ohne größere Schwierigkeiten und nur mit Investitionen in Milliardenhöhe möglich sein. So sind nach Aussagen der Kohlewirtschaft nur jährliche Förderzuwachsrate von maximal 3 % möglich; derzeit existiert auch noch kein größerer Weltkohlemarkt. Langfristig gesehen ist auch zu bedenken, daß Kohle ein wichtiger Chemierohstoff ist, um ihn nur zur Stromerzeugung in Kraftwerken zu verfeuern.

Wir brauchen Kernenergie, weil sie in vielen Bereichen — besonders im Wärmebereich — Öl direkt substituieren kann, weil sie neben Kohle zu einer ausreichenden Stromerzeugung erforderlich ist und weil sie preiswerter ist als alle anderen vergleichsweise einsetzbaren Primärenergien. Allgemein anerkannt ist der Preisvorteil der Kernenergie im Grundlastbereich. Die Zahlenangaben liegen, je nach Standort des Kraftwerkes, zwischen 2 bis 4 Pfennig pro KWh. Wir benötigen Kernenergie, weil sie umweltfreundlich und sicher ist, weil sie die steigenden Kosten für Energieeinfuhren vermindert und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit erhält. Kernenergie kann helfen, bei der Kohleveredelung, z. B. durch den Einsatz des Hochtemperaturreaktors, die dafür benötigten Kohlemengen zu reduzieren und somit die Kohle als Rohstoffbasis zu schonen.

Die letzten Ölkrisen haben gezeigt, daß unsere Versorgung mit Energie immer störanfälliger geworden ist. Bei Verknappungserscheinungen muß zukünftig immer damit gerechnet werden, daß aus politischen Gründen die Versorgung mit Öl oder auch mit Erdgas erheblich stocken kann. Die Folgerung aus den Ölkrisen muß daher eine bessere Vorsorgewirtschaft sein. Beim Öl haben wir zur Zeit Reserven für etwa 100 Tage. Kohle und ganz besonders Uran sind besser speicherbare Energien. Die jederzeit zugriffsbereiten Reserven müssen stark erhöht werden, wobei es z. B. beim Uran überhaupt keine Schwierigkeiten bereitet, einen Vorrat für 10 Jahre und mehr hinzulegen. Mit den schon jetzt in Deutschland gelagerten Uranreserven können die vorhandenen Kernkraftwerke 4 bis 6 Jahre betrieben werden. Solche Reserven verlängern den politischen Handlungsspielraum und vermindern dadurch unsere Erpreßbarkeit und tragen zur Stabilisierung der Energie-

preise bei. Eine verantwortungsvolle Vorsorgewirtschaft an Uran und die Einführung von Brutreaktoren erhöhen unsere Flexibilität in der Energieversorgung und vermindern Abhängigkeiten. So könnten wir z. B. bei dem Einsatz von Brutreaktoren mit den bereits jetzt in Deutschland gelagerten Uranvorräten importunabhängig von nuklearen Brennstoffen werden.

Sicherheit der Kernenergie – ein Akzeptanzproblem

Im Gegensatz zur der Situation in anderen Industrienationen muß in Deutschland auf eine Akzeptanzkrise in bezug auf die Kerntechnik hingewiesen werden. Die mangelnde Akzeptanz beruht auf Zweifeln in der Öffentlichkeit an der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als weltweit ca. 240 Kernkraftwerke mit einer Betriebserfahrung von etwa 2000 Reaktorbetriebsjahren arbeiten, ohne daß nachweislich irgend jemand durch die spezifischen Gefahren der Kerntechnik – also vor allem durch ionisierende Strahlung – zu Schaden gekommen ist. Eine emotionslose Analyse des Harrisburg-Störfalles hat erwiesen, daß diese Technik auch eine Serie von menschlichen Fehlern über einen Zeitraum von weit mehr als einer Stunde zuläßt, ohne daß die Umwelt einer nennenswerten Schädigung ausgesetzt worden ist. Die letzten Untersuchungen des Schadensverlaufs durch die amerikanischen Behörden, die leider nicht hinreichend bekannt wurden, zeigen, daß größere Schäden auch hätten gar nicht eintreten können.

Tatsache ist, daß durch die relativ große Menge an radioaktiven Substanzen in einem Kernkraftwerk oder in einer Wiederaufarbeitungsanlage ein sehr großes „Gefährdungspotential“ vorhanden ist, daß das „Anwendungs- oder Umgangsrisiko“ dagegen aber sehr gering ist. Ein sogenanntes Nullrisiko ist – wie in allen anderen Bereichen des Lebens auch – grundsätzlich nicht erreichbar.

Um ein Risiko beschreiben zu können, ist es in vielen Bereichen der Technik inzwischen üblich, die Auslegung von Systemen mit Hilfe von Zuverlässigkeitsanalysen zu beurteilen. Man ermittelt vorausschauend die Wahrscheinlichkeit, mit der Systeme versagen, und hat damit ein Maß für die vorhandenen Sicherheitsreserven. In der Kerntechnik bemüht man sich, noch einen Schritt weiter zu gehen. Man schätzt in Risikoanalysen nicht nur die Wahrscheinlichkeit, sondern zusätzlich die möglichen Schadensfolgen von Systemausfällen ab. Damit kann dann, durch Wahrscheinlichkeit und Ausmaß potentieller Schäden, das Risiko dargestellt werden, das trotz der weitreichenden Sicherheitsvorkehrungen verbleibt.

Zwischenzeitlich sind in einigen Ländern und auch in der Bundesrepublik mit großer Sorgfalt durchgeführte Risikoanalysen publiziert worden. Sie haben nachgewiesen, daß das Risiko jedes einzelnen Bürgers, in der Umgebung eines Kernkraftwerkes, durch einen schweren Schadensfall an einer solchen Anlage in Mitleidenschaft gezogen zu werden, unvergleichbar viel geringer ist, als alle übrigen Risiken, denen er freiwillig oder unfreiwillig tagtäglich ausgesetzt ist. Diese Feststellungen haben uns leider bei der Lösung des Akzeptanzproblems keinen Schritt weitergebracht.

In dieser Situation ist die Frage zu stellen, ob dieses Problem nicht politisch lösbar ist. Ein möglicher Lösungsansatz wäre, daß der Staat Risiko-Normierungen schafft, die sich quantitativ darstellen lassen. Prinzipiell ist es heute möglich, die vorhandenen Risiken technischer Anlagen zahlenmäßig auszudrücken. Damit ist es auch möglich, durch Risiko-Höchstmarken zu bewerten, ob das vorhandene Gefährdungsmaß einer technischen Anlage den Sicherheitsansprüchen der Gesellschaft entspricht oder nicht.

In der Diskussion um die Akzeptanz der Kernenergie werden zwei Aspekte ganz besonders angesprochen: die Entsorgung und die Radioaktivität. Auf diese beiden Begriffe soll deshalb unter den nächsten beiden Themen näher eingegangen werden.

Die Entsorgung

Unter Entsorgung versteht man die Lagerung der abgebrannten Brennelemente, die Wiederaufarbeitung, d. h. das Abtrennen des noch nicht verbrauchten Urans und des neugebildeten Plutoniums von den Spaltprodukten, die Weiterverwendung dieser Brennstoffe sowie die Behandlung und Endlagerung der Spaltprodukte, gemeinhin auch Abfall genannt. Kernstück des gesamten Konzeptes ist die Wiederaufarbeitung, die nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Erwägungen heraus zur Schließung des nuklearen Brennstoffkreislaufes notwendig ist. Zum einen wird damit der Forderung entsprochen, Energieträger mit einem besseren Nutzungsgrad als bisher einzusetzen und damit Energie zu sparen. Zum anderen wird durch die Wiederaufarbeitung bewirkt, daß die Lagerstätte, in der der Abfall deponiert wird, in etwa 1 000 Jahren die Aktivität eines natürlichen Uranerzvorkommens erreicht.

Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) und die Strahlenschutzkommission (SSK) haben im März 1977 die Entsorgung als sicherheitstechnisch machbar erklärt. Die Bundesregierung schloß sich im selben Jahr diesem Votum an. Auch Ministerpräsident Albrecht nannte gerade nach dem Gorleben-Hearing das Projekt einer Wiederaufarbeitungsanlage sicherheitstechnisch realisierbar, wenn auch – wenigstens zur Zeit – politisch nicht durchsetzbar. In der Bundes-Ländervereinbarung vom 28. September 1978 wurde die Realisierbarkeit erneut bestätigt. Auch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages schlägt den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage vor, wenngleich keine Übereinstimmung über die Größe der Anlage erzielt wurde. Die hessische Landesregierung befürwortet das Projekt. Ähnliches wird aus Rheinland-Pfalz signalisiert. Offensichtlich sind alle energiepolitisch verantwortlichen Gremien davon überzeugt, daß eine Wiederaufarbeitungsanlage sicherheitstechnisch realisierbar ist. Anlagen in Amerika, Rußland, England, Frankreich, Japan und nicht zuletzt in Deutschland (Karlsruhe) haben die Machbarkeit dieses Prozesses bereits hinlänglich demonstriert.

Radioaktivität

Immer wieder wird die radioaktive Strahlung deshalb als besonders gefährlich dargestellt, weil man sie nicht mit den Sinnesorganen wahrnehmen kann.

Übergangen wird aber zumeist die Tatsache, daß alle Strahlungsarten (auch Radiowellen) sehr exakt mit einfachen, elektronischen Meßanordnungen registriert werden können.

Strahlung war und ist ein natürlicher Bestandteil unserer Umwelt. Tagtäglich wirkt Strahlung aus dem Weltraum (kosmische Strahlung), aus dem Boden (terrestrische Strahlung) auf uns von außen ein. Darüber hinaus atmen wir radioaktive Stoffe ein bzw. nehmen sie in Form von Nahrung in uns auf (innere Strahlung). Die Wirkung der kosmischen Strahlung ist um so größer, je höher der Ort liegt, in dem man wohnt. So ist auf dem Feldberg im Schwarzwald die Strahlung doppelt so groß wie in Hamburg. Terrestrische Strahlung wird durch natürliche radioaktive Substanzen im Erdboden oder in den Wänden unserer Häuser erzeugt. Auf Norderney und anderen nord- und ostfriesischen Inseln gibt es zum Beispiel einige Stellen, bei denen die terrestrische Strahlenbelastung bei 500 mrem pro Jahr liegt, das ist das 10fache der normalen terrestrischen Strahlung. Vorliebe für Paräusse (Radium) und Rauchen (Polonium) trägt zu einer vermehrten inneren Strahlungsbelastung bei.

Zu dieser natürlichen Strahlenbelastung (kosmische, terrestrische und innere) von im Mittel 110 mrem kommt diejenige, die durch unsere Zivilisation bedingt ist. Wir werden in der Medizin geröntgt, Kleinquellen wie aktivierte Leuchtfarben oder Farbfernsehgeräte geben Strahlen ab, genauso wie kerntechnische Anlagen. Durch die zivilisatorisch bedingten Strahlenquellen werden noch einmal ca. 60 mrem p. a. abgegeben, so daß die mittlere Jahresbelastung eines Bundesbürgers bei 170 mrem pro Jahr liegt. Im Vergleich zu diesen Strahlenquellen ist die zusätzliche Strahlenbelastung durch Kernenergie (ca. 1 mrem p. a.) verschwindend gering.

Sie entspricht etwa

- zwei Stunden Flug pro Jahr mit einem Verkehrsflugzeug in etwa 10 km Höhe oder
- der Erhöhung der natürlichen kosmischen Strahlenbelastung dadurch, daß man einen Wohnsitz wählt, der 100 m höher liegt.

Zweifelsohne ist das Aktivitätsinventar einer Endlagerstätte für radioaktive Spaltprodukte beträchtlich. Doch diese Materialien sind entsprechend konditioniert, d. h. verglast und mehrfach umhüllt. Sie sollen 1 000 Meter tief in einem Salzstock gelagert werden. Es sind keine realistischen Störfallabläufe denkbar, durch die es zu irgendeiner Umweltbelastung durch diese Form der Endlagerung kommen könnte.

Verantwortung für spätere Generationen

All die unzähligen Analysen, Stellungnahmen und Prognosen haben eines gemeinsam: Sie weisen darauf hin, daß viele Rohstoffe – vor allem aber wichtige Energieträger – knapper und teurer werden, daß sich die Zahl der Menschen in den nächsten 50 Jahren verdoppelt haben wird, daß unsere Entscheidungsspielräume enger werden, daß ökologische Belastungen konstant gehalten, wenn nicht gar abge-

baut werden müssen und daß noch kaum mehr Zeit vorhanden ist, die gewaltigen Umstrukturierungsmaßnahmen auch durchzuführen. Die zweifellos größte Gefahr stellt die Zeitvergeudung dar. Ein Rückblick aus dem Jahre 2030 auf unsere heutige Zeit wird zumindest herbe Kritik, wenn nicht Verbitterung über sinnlos verzögertes Handeln mit allen Konsequenzen für das Wohl und Weh dieser Welt hervorrufen.

Für viele Menschen ist die Vorstellung schwierig, daß auf der einen Seite die Technologie, wenn auch zum Teil noch verbesserungsfähig, vorhanden ist, auf der anderen Seite aber die Akzeptanz zur Anwendung dieser Technologie fehlt. Die Angst vor den hypothetischen Gefahren der Kernenergie wird als Grund für ein solches Zögern angegeben. Verdrängt wird dadurch das Bewußtsein für die sehr realen und unmittelbar drohenden Risiken, die bei einem Verzicht auf die Nutzung dieser Energieform entstehen. Allein durch die Ölpreisssteigerung erreichte das bundesdeutsche Leistungsbilanzdefizit 1980 die Rekordhöhe von 29 Mrd. DM. Geradezu katastrophal wirkt sich die sich abzeichnende Energiekrise auf die Entwicklungsländer aus. 1979/80 waren allein die Ölpreisssteigerungen doppelt so hoch wie die geleistete Weltentwicklungshilfe. Die Zahl der Menschen, die dauernd unterernährt sind oder einfach verhungern, weil nicht genügend Energie für die Nahrungsgewinnung, die Herstellung von Gebrauchsgütern und Transportsysteme vorhanden ist, wird sprunghaft zunehmen. Schon jetzt häuft sich die Zahl derer, die von drohenden Energieverteilungskriegen sprechen.

Es wäre die Aufgabe der hochindustrialisierten Länder, auf leicht umsetzbare Primärenergieträger wie Öl, Gas und später auf Kohle und Holz zugunsten derer zu verzichten, die sich aus mangelndem Know-how, Kapitalschwäche und Armut komplexe Systeme nicht leisten können. Dies wäre auch vom ethischen Standpunkt aus gesehen der richtige Weg, bedeutet aber für uns den verstärkten Einsatz der Kernenergie, auch wenn damit vermeintliche Risiken verbunden sind. Tatsächlich haben wir bei der Wahl der Energie-Pfade nur noch eine sehr begrenzte Entscheidungsfreiheit und fast keine Zeit mehr. Mit jedem Jahr aber, in dem wir nur Optionen offenhalten, wird die Energieversorgungssituation kritischer.

Zukünftige Generationen werden uns vorwerfen, daß wir die Rohstoffvorräte dieser Welt in ihrer konzentrierten Form aufgezehrt, uns zügellos vermehrt, unsere Technik nicht zur Erhaltung eines vernünftigen ökologischen Gleichgewichtes eingesetzt haben. Doch der größte Vorwurf wird sein, daß wir uns nicht zur rechten Zeit zu einer vernünftigen Energiepolitik durchgerungen haben. Rene Dubos, ein amerikanischer Biologe, charakterisierte einmal unser Verhalten sehr treffend, indem er sagte: „Wir benutzen die Erde, als seien wir die letzte Generation.“ Dies erkennen und zu wissen, daß man diesen Zustand ändern muß, ist ein Gebot, an dem ein verantwortlich handelnder und denkender Christ nicht vorbeigehen kann.

Sozialstaat mit menschlichem Gesicht

Warnfried Dettling

„Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Der Sozialstaat sorgt für die notwendige Daseinsvorsorge und die gemeinsame Absicherung des einzelnen in den Grundrisiken des Lebens. Der größte Teil der Bevölkerung kann für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter aus eigener Kraft nicht ausreichend vorsorgen. Versicherungspflicht für diese Grundrisiken entspricht deshalb vernünftiger Eigenvorsorge und solidarischer Mitverantwortung in einer freien Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit bewährt sich vor allem gegenüber Schwachen und Benachteiligten. Sie verpflichtet den Staat zum sozialen Ausgleich.

Der Sozialstaat muß die eigenen Kräfte des Menschen entfalten helfen. Sein Sinn besteht nicht darin, den Bürgern die Verantwortung für ihr Leben abzunehmen, sondern ihnen die Voraussetzungen selbstverantwortlicher Lebensführung zu sichern. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht in totale Versorgung ausarten. Wir wollen unseren Sozialstaat erhalten und ausbauen. Er soll aber keine Lasten übernehmen, die seine Kräfte übersteigen. Der Versuch umfassender und gleicher Versorgung für alle würde soziale Gerechtigkeit verfehlen. Er würde den einzelnen in seiner Leistungsbereitschaft entmutigen, die Leistungsfähigkeit unseres Volkes überfordern und dadurch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit beseitigen.

Wir wollen der zunehmenden Anonymität zwischen den Menschen entgegenwirken. Wir wollen den Sozialstaat nicht nur wirtschaftlich vernünftiger, sondern auch menschlicher gestalten. Unser Verständnis von Solidarität verbietet es, den Menschen zum Objekt bevormundender Verwaltung zu machen. Es verpflichtet zu helfen, weil ein Nächster in Not ist. Gerade die sozialstaatlichen Aufgaben dürfen daher nicht einer angeblichen Vereinfachung der Verwaltung und Technik untergeordnet werden. Sie müssen bürgernah erfüllt werden.

Der demokratische und soziale Rechtsstaat steht und fällt mit der freien Mitwirkung und Mitverantwortung seiner Bürger. Diese müssen bereit sein zu Loyalität und Mitarbeit, zu Dienst und Opfer. Vom Freiheitswillen ihrer Bürger getragen, ist die Bundesrepublik Deutschland der freie, soziale, auf Recht und Gerechtigkeit verpflichtete Staat der deutschen Nation.“

(Artikel 127–130 CDU-Grundsatzprogramm).

I.

„Karl Marx und nicht ein Vertreter der Kirchen hat das schreiende Unrecht im frühen Kapitalismus gebrandmarkt und die soziale Frage jener Zeit auf den Begriff gebracht. Dies bleibt ein ständiger Vorwurf und ein Ärgernis, an das sich Christen heute nur mit Scham und Trauer erinnern können.“

So ein führender Repräsentant der christlichen Soziallehre aus unseren Tagen. Es ist wahr: Innere Mission, Kolping, Caritas haben das soziale Elend durch tätige Nächstenliebe gemildert; die Theorie des Sozialismus aber hat die sozialen Fragen jener Zeit zuerst und zutreffend als soziale und das heißt strukturelle Probleme der Gesellschaft beschrieben. Die Analyse von Karl Marx teilte übrigens später dann Bismarck, nämlich daß der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft mit tiefgreifenden Umbrüchen, sozialen Spannungen, persönlichen Entfremdungen verbunden wäre; für den einen mußten sie notwendig zur Revolution führen; der andere hat die Revolution durch soziale Reformen hinfällig gemacht. Im Zeichen dieses dualistischen Denkansatzes steht ein großer Teil der sozialpolitischen Debatten bis heute, und dies ist der Grund, warum sie angesichts der sozialen Probleme von Gegenwart und Zukunft immer mehr ins Leere laufen.

II.

Keine Frage: die Theorie des Sozialismus und die Politik eines obrigkeitsstaatlichen Sozialstaates haben ihre Potentiale erschöpft. Die Widersprüche unserer Zeit lassen sich mit den Kategorien von Karl Marx und seiner – auch demokratischen – Nachfolger nicht mehr beschreiben, und die neuen sozialen Fragen lassen sich mit der traditionellen „Sozialpolitik von oben“ allein nicht mehr beantworten. Damit bietet sich eine neue Chance, stellt sich aber auch die zentrale Aufgabe für eine Sozialpolitik, die sich an christlich-demokratischen

und christlich-sozialen Maßstäben orientiert – eine Herausforderung aber auch für die evangelische Sozialethik und die katholische Soziallehre.

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung: das war für Karl Marx der Grundwiderspruch seiner Zeit – und des Kapitalismus.

Unsere Zeit kennt andere Widersprüche:

- den Widerspruch zwischen wachsendem Wohlstand der Gesellschaft und abnehmender Zufriedenheit der Menschen;
- den Widerspruch zwischen der Beseitigung der alten und dem Entstehen einer „neuen Armut“, deren Merkmale nicht mehr der Proletarier-Status, sondern Alter, Kinderreichtum und weibliches Geschlecht sind;
- den Widerspruch zwischen der guten Absicht und der oft kontraproduktiven Wirkung der Sozialpolitik. In den Genuß sozialer

Aus dem Inhalt

Kernenergie – ein Thema für Christen?	1
Carl A. Duckwitz	
Sozialstaat mit menschlichem Gesicht	5
Warnfried Dettling	
Zur Diskussion gestellt: An die evangelischen Christen! Sicherung des Friedens	7
Buchbesprechung	8
Heinrich Heine (1797–1856)	9
Ein großer Deutscher und Europäer Friedrich Menke	
Die religiöse Krise unserer Zeit	10
Heinrich Höhler	
Kurz notiert	12

Leistungen kommen heute oft nicht jene, die besonders bedürftig, sondern jene, die besonders raffiniert sind;

- den Widerspruch zwischen Aufwand und Ertrag: mit immer mehr Geld „erkaufen“ wir immer weniger soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

III.

Diese Krankheitsbilder der Sozialpolitik sind nicht zufällig, und man kann ihnen nicht mit ad-hoc-Strategien zu Leibe rücken. Sie haben eine gemeinsame Ursache, und sie erfordern eine grundsätzliche, an die Wurzel gehende Therapie. Die Mittel, die der Sozialstaat bisher eingesetzt hat – Geld und Ämter, Gebote und Verbote – haben viel erreicht, sie haben viel Elend und Not überwunden, dem einzelnen mehr Sicherheit und damit mehr Freiheit gebracht. Sie sind auch künftig unverzichtbar, aber sie reichen nicht länger hin. Die klassischen Strategien der Sozialpolitik gleichen Instrumenten, die nicht „falsch“ sind und mit denen man nach wie vor viel machen kann, die aber für die neuen sozialen Fragen nicht mehr taugen.

Gewiß: es gibt noch immer vernachlässigte Gruppen in unserer Gesellschaft, und es werden neue (wie z. B. Ausländer und ihre Kinder) hinzukommen. Aber selbst für sie gilt der allgemeine Befund: was den Menschen fehlt sind nicht (nur) Geld und schon gar nicht Ämter und Vorschriften, sondern Verständnis, Zuwendung, Geborgenheit – mehr Nächstenliebe und Brüderlichkeit. Dazu aber sind die Großorganisationen der Sozialbürokratie nicht in der Lage. Sie haben kein menschliches Gesicht – und sie kennen auch nicht Menschen, sondern Fälle, die bearbeitet werden müssen ...

IV.

Sozialstaat mit menschlichem Gesicht, das heißt vor allem: ihn vom Kopf großer Organisationen wieder auf die Füße der Menschen und Mitmenschen zu stellen. Dies ist ein langer und schwieriger Prozeß. Er erfordert ein Umdenken: im Verhalten und in den Einstellungen der Menschen, aber auch hinsichtlich der Organisationsprinzipien des Sozialstaates. Einige Bemerkungen sollen wenigstens die Konturen und

Perspektiven eines menschlicheren Sozialstaates andeuten:

1. Der entwickelte Wohlfahrtsstaat verführte den einzelnen zu der Annahme, sich mit Steuern, Beiträgen und Abgaben von seiner mitmenschlichen sozialen Verpflichtung „freikaufen“ und diese an den Staat abtreten zu können. Die Folge ist eine finanziell teure, aber menschlich billige „Lösung“ sozialer Probleme, deren Grenznutzen zudem mit dem wachsenden Ausbau des Wohlfahrtsstaates immer niedriger und am Ende kontraproduktiv wird. Die Alternative läge in einer Konzeption, die mehr von den Menschen und weniger vom Staat erwartet. Es käme also darauf an, aus einer gesicherten soziologischen Erkenntnis die politischen Konsequenzen zu ziehen: die Bereitschaft zu freiwilligen Diensten und Leistungen ist immer auch abhängig – nicht nur im Staate, sondern etwa auch in Vereinen – vom Ausmaß jener Leistungen, die durch Gesetz und damit durch „Zwang“ eingefordert werden.

2. Eine solche Konzeption ist natürlich nur dann realistisch, wenn das Potential an sozialem Engagement vorhanden, aber nicht genügend aktualisiert, ja vielfach konkret an der Entfaltung behindert wird (durch Vorschriften etwa oder Auflagen). Darauf aber deutet nun vieles hin. Es besteht in unserer Gesellschaft eine große Nachfrage nach sozialen Diensten, und die Menschen haben auch Zeit (mehr Zeit als früher!) und die Bereitschaft, etwas zu tun. Was fehlt sind „soziale Makler“, die „Angebot“ und „Nachfrage“ nach zwischenmenschlicher Hilfe und sozialen Diensten „vermitteln“. Früher, in der dörflichen Gemeinschaft, taten dies Vertrauenspersonen wie Pastoren und Lehrer, und die Überschaubarkeit der Verhältnisse sorgte überdies dafür, daß die „guten Werke“ gesellschaftlich abgestützt und damit auf Dauer gestellt wurden. Heute fehlen dafür, vor allem in den Städten, die Voraussetzungen. Die sozialen Bezüge, die dies ermöglichen, wachsen heute nicht von selbst, man muß sie einwurzeln, pflegen und fördern. Um Familien, Kirchengemeinden, Vereinigungen von Parteien können kleine Netze entstehen, die den Menschen in Not auffangen, der sonst durch die Maschen des Sozialstaates fiele.

3. Ein Problem unserer Gesellschaft ist es, den Zugang der Menschen zu knappen Gütern, so z. B. Studium und Arbeitsplatz, zu regeln. Die Kriterien dafür – z. B. Notendurchschnitt – sind bekannt, die Folgen auch. Sie setzen Prämien auf ein individuelles, oft rücksichtsloses, unsoziales Verhalten. Muß das so sein? Warum kann man, etwa bei der Vergabe eines Studienplatzes oder eines Arbeitsplatzes (im öffentlichen Dienst!) nicht jene bevorzugen, die ihr soziales Engagement durch die Tat bewiesen haben? Warum also nicht Prämien setzen auf soziales, solidarisches Verhalten?

Analyse und Perspektive lassen sich verallgemeinern. In der evangelischen Sozialethik wurde das, was hier gemeint ist, unter den Begriffen „strukturell Böses“ und „Liebe durch Strukturen“ diskutiert. Der Sozialstaat wird dann menschlicher, wenn es gelingt, die strukturellen Bedingungen des menschlichen Verhaltens so zu verändern, daß ein an ethischen Grundwerten orientiertes Verhalten wahrscheinlicher wird.

4. Diese Solidarität von unten her wäre Beginn und Zeichen für ein alternatives Organisationsprinzip: Subsidiarität als Alternative zum zentralen bürokratisierten Wohlfahrtsstaat. Subsidiarität nicht in sentimentaler Retrospektive, sei es unter konservativen oder paläoliberalen Vorzeichen, sondern als Ausdruck der Erkenntnis, daß eine hochkomplexe Gesellschaft nur durch überschaubare Lebensbereiche, kleinere Einheiten, Dezentralisation steuerbar – und menschlich bleibt. Subsidiarität, so verstanden, erfordert dabei das aktive Bemühen des Staates, den kleineren lokalen und gesellschaftlichen Einheiten das zu ermöglichen, was er in eigener Regie nicht vollbringen kann. Subsidiarität erfordert einen in seiner Zuständigkeit begrenzten, in seiner Handlungsfähigkeit aber starken Staat; ein Pakt mit großen Verbänden und Organisationen ist allemal leichter.

5. Subsidiarität in diesem Sinne erfordert eine soziale Infrastrukturpolitik. So wie die regionale Infrastrukturpolitik die wirtschaftlichen Potentiale einer Region zur Entfaltung bringt, so müßte die soziale Infrastrukturpolitik die Potentiale an

Solidarität zur Entfaltung bringen. Die Knotenpunkte einer solchen Infrastruktur könnten sein u. a. Kirchen und Parteien: Parteien, die begreifen, daß sie nicht (nur) durch Worte, sondern vor allem durch Taten überzeugen, und Kirchen, deren christlicher und sozialer Auftrag nicht schon damit erfüllt ist, daß sie große soziale Einrichtungen unterhalten, die sich jenen des Staates mehr und mehr angleichen.

6. Von diesen Maßnahmen würden auch heilsame, humanisierende Wirkungen auf die großen professionellen Einrichtungen des Sozialstaates ausgehen. Mit dem Ausbau des Sozialstaates wurden diese immer größer, sie funktionierten besser, sie leisteten mehr — vor

allem solange man die äußerlichen Erfolgskriterien der Industriegesellschaft anlegt. Nicht zufällig gleichen viele Krankenhäuser, Altersheime und Schulen eher Fabriken: mit Standardisierung und Konzentration, Maximierung und Zentralisierung. Dies aber sind die Maximen der Vergangenheit, nicht der Zukunft, und dies gilt nicht nur für den sozialen Bereich.

V.

Die CDU hat viel zum Ausbau des Sozialstaates beigetragen. Sie hat mit der Neuen Sozialen Frage die Diskussion auf eine neue theoretische Grundlage gestellt und damit die fruchtbare Alternative von sozialistischer und obrigkeitstaat-

licher Sozialpolitik — beides fällt ohnehin oft genug zusammen — überwunden. In ihrem Grundsatzprogramm hat sie Kriterien einer sozialen Ordnungspolitik entwickelt. Heiner Geißler hat in seiner ersten Rede als Generalsekretär der CDU eine „qualitative Sozialpolitik“ angemahnt. Die neuen Herausforderungen treffen die CDU nicht unvorbereitet. Aufgabe und Chance der CDU bestehen darin, auch auf diesem Gebiete Kontinuität und Erneuerung zu verbinden. Man kann die Welt von morgen nicht in die geistigen Schubladen von gestern stecken. Dies gilt nicht nur, aber vor allem auch für den Sozialstaat und seine Zukunft.

Zur Diskussion gestellt: Sicherung des Friedens

Mit großer Heftigkeit ist im deutschen Protestantismus die Diskussion um den „Frieden“ entbrannt. Radikale Pazifisten haben sich unter dem Stichwort „Ohne Rüstung leben“ an alle Christen gewandt und zu folgender Erklärung aufgefordert: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Gegen den Anspruch dieser Initiative, die einzige legitime Antwort der Christen auf die Bedrohung des Friedens anzubieten, wendet sich der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ mit den folgenden 10 Thesen. Zu den Erstunterzeichnern gehören: Eberhard Stammler, Wolf Graf von Baudissin, Günter Brakelmann, Ingeborg Gelsendörfer, Martin Hengel, Werner Humbert, Paul-Gerhard Hoerschelmann, Eberhard Müller, Kurt Sontheimer, Rudolf von Thadden, Rudolf Weeber.

An die evangelischen Christen! Sicherung des Friedens

1) Christen, die zwei Weltkriege hinter sich und die Schrecken eines möglichen Krieges im Atomzeitalter vor Augen haben, können nicht mehr in der Weise, wie es das Augsburger Bekenntnis vor 450 Jahren verkündigte, das Führen ge-

rechter Kriege als ein Amt der christlichen Obrigkeit bezeichnen. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen gibt keinem Staat das Recht, einen anderen mit Krieg zu überziehen. Die Erhaltung des Friedens und die Eindämmung von Entwicklungen, die zu Kriegen führen, sind heute zu einem grundlegenden Auftrag jedes an politischer Entscheidung beteiligten Christen geworden.

2) Wo das Nachgeben gegen fremde Forderungen der Gemeinschaft unter den Menschen und dem Frieden dient, sollen Christen gemäß den Regeln der Bergpredigt zu einem Entgegenkommen bereit sein. Diese Regel christlicher Liebe ist nicht nur auf den privaten Bereich beschränkt. Im Atomzeitalter ist dies auch eine Regel verantwortlichen politischen Handelns unter den Völkern geworden.

3) Diese Weisungen der Bergpredigt dürfen freilich nicht als ein neues Gesetz verstanden werden, das in jedem Fall den Christen die Wehrlosigkeit, das immer erneute Nachgeben, die tatenlose Duldung offenkundigen Unrechts oder gar des Mordes zur Pflicht machen würde. Das fünfte Gebot verbietet nicht nur den Mord. Es gebietet auch den — notfalls bewaffneten —

Schutz des Lebens, der grundlegenden Menschenrechte und der Freiheit.

4) Wollen Christen nach den Regeln der Zehn Gebote und der Bergpredigt leben und diese Regeln auch zum Maßstab ihres politischen Handelns machen, müssen sie in doppelter Weise ständig gerüstet und wachsam sein:

- ☐ zur Stärkung des Willens und der Fähigkeit, immer von neuem den Ausgleich von Konflikten zu suchen, der Entspannung zu dienen, soziale Mißstände zu beseitigen und Anreize zum friedlichen Zusammenleben der Menschen und der Völker zu schaffen,
- ☐ ebenso zur Bereitstellung von Mitteln, durch die Gewaltakte einzelner Menschen oder ganzer Staaten verhindert werden können.

Dies gilt besonders dann, wenn jedes weitere Nachgeben nur zu solchen Gewaltakten ermuntert und somit die Gemeinschaft immer mehr zerstört.

Der Christ kennt nicht nur das Gebot der Liebe, sondern auch die Macht der Sünde, den unbändigen — oft brutalen — Machtwillen der

Menschen. Dieser läßt sich nicht immer durch Liebe entwaffnen.

5) Es kann nicht jedem Bürger eines Staates überlassen bleiben, nach eigenem Gutdünken den notwendigen Schutz des Lebens wahrzunehmen. Christen anerkennen das Amt der Machtverwaltung als eine Notverordnung Gottes zur Eindämmung des Unrechtes und zum Schutz des Lebens. Zur Sicherung des äußeren und inneren Friedens bedarf jedes Staatswesen entsprechender Machtmittel. Es darf darauf weder verzichten noch seine Macht zur Unterdrückung der eigenen Bürger und fremder Völker mißbrauchen.

6) Christen sind verpflichtet, dem Staat in seinem Bemühen, den Frieden zu erhalten, Dienst zu leisten. Solcher Dienst ist gleichermaßen als Dienst der Liebe, des Ausgleichs, der Förderung menschlicher Gemeinschaft wie auch als Dienst der bewaffneten Verteidigung des Rechtes und des Lebens erforderlich. Friedensdienst mit und ohne Waffe stehen nicht im Widerspruch. Ohne ihre gegenseitige Ergänzung und Begrenzung werden beide ein Opfer menschlicher Willkür und Gewalttat.

7) Es ist keinem Staatswesen möglich, volle Gerechtigkeit herzustellen. Wo aber das Amt der Machtverwaltung ins Gegenteil verkehrt, zur Ausbeutung, Unterdrückung, ja Ermordung von Menschen und ganzen Völkern mißbraucht

und damit sein göttlicher Auftrag verraten wird, kann der passive — in Grenzfällen auch der gewaltsame — Widerstand gegen solche Verderber des staatlichen Amtes auch für Christen geboten sein.

8) Die Klage gegen den Wahnsinn des Rüstungswettlaufs ist angesichts des Hungers in der Welt mit Recht heute in aller Munde. Entscheidend bleibt aber die Frage, wie dieser Wettlauf abgebremst oder beseitigt werden kann. Dabei erhebt sich insbesondere die Frage, ob die Parole „Ohne Rüstung

legener Rüstung ohne eigenes Risiko immer mehr Macht und Besitz durch politische Erpressung oder militärische Gewalt zu erwerben. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes militärischer Macht ist daher in dem Umfang unerlässlich, der nötig ist, um jeden politischen Gewaltakt zu einem unkalkulierbaren Risiko zu machen.

9) Die Notwendigkeit zusätzlicher Rüstung kann die Folge von Versäumnis sein. Dies ist dann der Fall, wenn das Gleichgewicht der Kräfte bis zur Möglichkeit eines risikolosen Mißbrauchs militärischer Macht gestört ist. Die Parole „Ohne Rüstung leben“ dient dann nicht der Bekämpfung, sondern der Stärkung militärischer Praktiken in der Weltpolitik.

10) Die Frage, wie weit das Gleichgewicht der Kräfte zwischen großen Bündnissystemen gestört ist, ist — vor allem für Bürger von Staaten, in denen es keine parlamentarische Kontrolle der Regierenden und keine Pressefreiheit gibt — schwer erkennbar. Der Mangel an Information führt oft — verbunden mit der Verpflichtung zur Solidarität gegenüber dem eigenen Volk — zu unterschiedlicher Urteilsbildung in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen. Eine hörbereite Information über die bestehenden Machtverhältnisse und die Verbreitung dieser Erkenntnisse in der Weltchristenheit ist daher ein wichtiger Beitrag zur ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen.

Unsere Autoren:

Warnfried Dettling
Leiter der Planungsgruppe
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn

Dr.-Ing. Carl A. Duckwitz
ALKEM GmbH., Postfach 11 00 69
6450 Hanau 11

Heinrich Höhler
Superintendent i. R.
Amselweg 30
6140 Bensheim 3 — Auerbach

Dr. Friedrich Menke, MdB
Am Wall 135
2800 Bremen 1

leben“, die heute in der deutschen Christenheit verbreitet wird, diesen Wettlauf eindämmt oder beschleunigt. Beschleunigt wird er dort, wo durch einseitige Abrüstung anderen die Aussicht eröffnet wird, mit über-

Buchbesprechung

Sicherung des Friedens. Eine christliche Verpflichtung. Herausgegeben von Eberhard Stammler, Kreuz Verlag, Postfach 80 06 69, 7000 Stuttgart 80. 75 Seiten, 9,20 DM (Mengenpreise: ab 10 Ex. 8,80 DM, ab 20 Ex. 8,50 DM, ab 50 Ex. 8,— DM). ISBN 3 7831 0620 6

Die zehn Thesen über „Sicherung des Friedens“ (die Thesen sind in dieser Ausgabe der Evangelischen Verant-

wortung unter „Zur Diskussion gestellt“ abgedruckt), die von vielen bekannten Persönlichkeiten aus dem ganzen Bundesgebiet unterzeichnet worden sind, haben Aufsehen erregt und teilweise zu leidenschaftlichen Diskussionen zwischen ihren Befürwortern und ihren Gegnern geführt. Die vorliegende Schrift soll als Beitrag zu dieser Diskussion, zu ihrer Klärung und Vertiefung, verstanden werden.

Neben den zehn Thesen selbst steht im Mittelpunkt der Beitrag „Frieden schaffen — ein Auftrag der Christen“, in dem zunächst sowohl die militärische als auch die pazifistische Verharmlosung des Krieges dargestellt wird. Der Verfasser, der frühere Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, D. Dr. Eberhard Müller, erläutert sodann unter

der Überschrift „Die radikalen Forderungen Gottes“ die in diesem Zusammenhang oft zitierten Stellen aus der Bergpredigt und weist anhand der Bibel Fehldeutungen und Mißverständnisse ab. In weiteren Abschnitten geht es um „Mittel gegen den Krieg“ und um die „Abwehr einer Politik der Stärke“.

Zu dem Thema „Warum ich als Christ Soldat bin“ finden sich fünf persönliche Äußerungen von Offizieren der Bundeswehr, die erkennen lassen, unter welch spannungsreicher Problematik das Soldatsein heute gesehen werden muß.

Allen, die die Abwehr von Krieg als sittliche Verpflichtung empfinden, werden in dieser Schrift klare und verständliche Hinweise für die Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegeben.

Heinrich Heine (1797—1856)

Ein großer Deutscher und Europäer

Friedrich Menke

Zum 125. Todestag von Heinrich Heine am 17. Februar 1981 schreibt Dr. Friedrich Menke, MdB, Landesvorsitzender des EAK Bremen, über unser Verhältnis zu diesem Dichter.

Auch 125 Jahre nach seinem Tode ist Heinrich Heine, dem die Welt das „Buch der Lieder“, den „Romanzen“, „Deutschland, ein Wintermärchen“, die „Reisebilder“ oder die geistvollen Darstellungen über deutsches wie französisches Dichten und Denken verdankt, im eigenen Vaterland, so scheint es, immer noch unbekannter als im Ausland. An diese Mittlergestalt und Schlüsselfigur des 19. Jahrhunderts zu erinnern, ist unerlässlich.

In Heines Poem vom raisonieren und zum Tanz gezwungenen Tanzbären „Atta Troll“ finden sich die für Heine bezeichnenden Verse:

„Ja, in guter Prosa wollen
Wir das Joch der Knechtschaft
brechen —
Doch in Versen, doch im Liede
Blüht uns längst die höchste
Freiheit.“

Dem Dichter Heine geht es stets um die Autonomie der Kunst, die nur dem platten Geist überflüssig erscheint; aber Heine, der scharfsinnige Zeitkritiker weiß auch um die Verpflichtung, eine schönere, menschenwürdigere Zeit zu ermöglichen. Er, der von der Geschichte seiner Zeit so faszinierte, stößt immer wieder auf das Gesetz von Herrschen und Beherrschtsein. Da ihm in der Geschichte der Mensch das Wesentliche ist und er aus dem Gefühl für Gerechtigkeit und Solidarität, vielleicht auch als Jude, sich auf die Seite der Schwächeren, der Gejagten schlägt, hört er nicht auf zu kämpfen gegen Machtmißbrauch und die entwürdigende Unterwerfung des Menschen durch den Menschen. So bekämpft er die Herrschaft der alten Adels- und Militärkassen wie die der Finanziers, die reaktionäre Fürstenmacht wie die lebererstickende Unterordnung in eine enge Volksgemeinschaft. Er fürchtet den zukünftigen Terror

einer gleichmachenden Volksherrschaft, und ihm graut vor der zu engen Berührung mit dem hungrigen, ungewaschenen Volk, dessen Unterdrückung er doch aufheben wollte. „Das, was ihn vital interessierte, war die Freiheit, so ernst zu scherzen, wie er es selber tat; die Freiheit zur Wahrheit und ihrem schönen Ausdruck. Auf das Unechte, Häßliche, parteilich Übertriebene zielte sein Haß“, schreibt Golo Mann. Und der kürzlich verstorbene bedeutende französische Literaturwissenschaftler Robert Minder ordnet Heine so ein: „Nicht an ihm ist Deutschland zugrunde gegangen, sondern an jenen, denen Weihe verliehen, wo sie als Verbrecher hätten entlarvt werden müssen. Wie Diderot, Voltaire und die Enzyklopädisten deckt Heine die falschen Karten auf und schlägt sie dem Spieler aus der Hand. Seine Prosa ist nur zum Teil Feuilletonismus, zum andern das Bindeglied zwischen Lessing und Nietzsche.“

Heines Lebensfreude, seiner durch und durch humanistischen Grundhaltung, kam die Lehre Saint-Simons sehr entgegen. Sie lehrte ein Wolkenkuckucksheim der Freiheit und des Lebensgenusses. Aber auf seinem jahrelangen Kranken- und Sterbelager, seiner „Matratzengruft“, rückte Heine von der Lehre Saint-Simons ab und fand wieder zum Glauben an den persönlichen Gott der Bibel zurück. Die hellenistische Leitgestalt des „Apollo-Gotts“ wird durch die des „Lazarus“ abgelöst.

Wie faszinierend Heinrich Heine ist, wird an seiner Auseinandersetzung mit dem Kommunismus deutlich. Um 1840 war das Wort kaum bekannt, Heine jedoch beeindruckten Wort und Sache. Immer wieder weist er in den Jahren seines Pariser Exils (1831–1856) auf die Gefahren hin, die der Welt, vorzüglich den in ihr politisch und wirtschaftlich Herrschenden von dorthier drohen. Er sah wie Tocqueville oder Engels die Not des großstädtischen Proletariats. Die Forderung, das Eigentum aufzuheben, lag in der Luft. Heine wurde nicht müde,

das Gewissen seiner Leser zu schärfen. Er prophezeit den Sieg des Kommunismus, die aus einem europäischen Bürgerkrieg hervorgehende soziale Weltrevolution, die ihrerseits die kommunistische Diktatur heraufführen werde. Es wird sein „die alte absolute Tradition, aber in einem neuen Kostüm und mit neuen Stich- und Schlagwörtern. Es wird alsdann vielleicht nur einen Hirten und eine Herde geben, ein freier Herr mit einem eisernen Hirtenstab und eine gleichgeschorene, gleichblökende Menschenherde. Wilde, düstere Zeiten dröhnen heran, und der Prophet, der eine neue Apokalypse schreiben wollte, müßte ganz neue Bestien erfinden, und zwar so erschreckliche, daß die alten johannitischen Tiersymbole dagegen nur sanfte Tauben und Amoretten wären ... Ich rate unseren Enkeln, mit einer sehr dicken Rückenhaul zur Welt zu kommen.“

Den Kommunismus, der die Gegenwart der Zukunft und die Freiheit der Gleichheit opfert, aber auch den aggressiven und reaktionären Nationalismus, der Antisemitismus, Machtstaatsdenken, moderne Technologie und wehevollen Sprachnebel verbindet, diese beiden Gefahren der europäischen Kultur, den totalitären Kommunismus wie den totalitären Faschismus, hat Heine in ihren Einzelzügen und als Syndrom geahnt und in Sprachbildern fixiert.

Wenn Heine sich bald von Marx und Engels trennt, dann deshalb, weil ihn deren Grundthesen, das Sein bestimme das Bewußtsein und die Welt sei mach- und planbar, abschrecken, ihm unmenschlich dünken. Er will, daß die Gegenwart ihren Wert in sich behalte, daß sie nicht bloß als Mittel gelte und die Zukunft nur ihr Zweck sei. Ob Heinrich Heine, dieser sich politisch als Demokrat, in Dingen der Kunst als Aristokrat gebende deutsche und europäische Dichter und Denker für uns von Bedeutung sein wird, ist unsere Sache; hängt davon ab, ob wir uns auf einen Dialog mit Heine einlassen.

Die religiöse Krise unserer Zeit

Heinrich Höhler

„Viel Sekten und groß Schwärmerei auf einen Haufen kommt herbei“.

Als die islamische Revolution in Iran ausgebrochen war, schrieb zu meiner Verwunderung ein bekannter Politiker einen Zeitungsartikel, in dem er ein allgemeines religiöses Erwachen in der Welt prophezeite. Inzwischen wissen wir, daß es auf dem Gebiet der Religion — diesem weiten, vielgestaltigen Feld — auch ein böses Erwachen geben kann: Fanatismus, Haß, kulturelle Rückschrittlichkeit können sich beleben. Das Auftreten der „himmlischen Propheten“ zur Zeit Luthers ist dafür ein ebenso deutliches Zeichen wie die grausigen Vorgänge in Guyana, wo Hunderte von „Gläubigen“ sich auf Befehl des Inhabers einer „Volks-Tempel-Sekte“ mitsamt ihren Kindern selber umbrachten. Aber auch in unseren Tagen gibt es „religiöse“ Erscheinungen, die mit höchster Aufmerksamkeit betrachtet werden müssen.

Tatsächlich melden sich in unserer Zeit auffällige religiöse Bewegungen und Erregungen. Ich zitiere einen Zeitungsartikel in der FAZ vom 4. Oktober 1980: „Eines der kläglichen Beispiele der „Krise unserer Zeit“ bietet der Anblick des Seelenmarktes, auf dem geschäftstüchtige „Propheten“, Religionsgründer und Erlöser unsere Jugend für ihre „hohen Ziele“ rekrutieren“. Und ich füge hinzu, daß es durchaus nicht nur jugendliche Menschen sind, die einem religiösen Wahn anheimfallen.

Wie kommt es, daß wir in diesem Jahrhundert der Aufgeklärtheit mit solchen Verwirrungen zu tun haben, daß viele junge und auch alte Menschen so verführbar sind, als lebten sie in voller Unwissenheit und Urteilslosigkeit?

Lassen Sie mich ein einfaches Beispiel erzählen, das meine Frau und ich zur Zeit der Weinlese im Herbst 1980 oberhalb von Heppenheim erlebten.

Wir trafen auf einem einsamen Feldweg einen Weinbauern. Wir befanden uns auf Wegen, die während der Lese polizeilich gesperrt sind. Um ein Gespräch anzuknüpfen — Winzer unterhalten sich gerne und wir sprechen gerne mit ihnen — sagte ich, die Trauben seien in diesem Jahr so sauer, daß wir keine zu nehmen gedächten; sogar die Stare, die großen Weinbergsräuber, blieben ja offenbar dieses Jahr der Bergstraße fern. Da erzählte der Winzer, er habe soeben Kinder angetroffen, die viele Pfund Trauben vor sich her getragen hätten. Die Frage, ob sie nicht wüßten, daß sie Diebstahl begangen hätten, sei auf Unverständnis gestoßen. Hier haben wir es: Wir lernten in unserer Jugendzeit noch die göttlichen Gebote, darunter auch: „Du sollst nicht stehlen!“. Und mir fiel der Cronenberger Fabrikant ein, der vor vielen Jahren einmal bemerkt hatte, als wir über Unehrllichkeit und Trägheit im Betrieb sprachen, es sei doch alles eigentlich so einfach: Es braucht sich nur jeder an die 10 Gebote zu halten. Aber, frage ich, werden sie noch eingeschärft? Dürfen wir sicher sein, daß die Kinder in Kirche und Schule noch im Gesetz Gottes unterwiesen werden? Und da liegt auch die Frage, ob es in unserer Zeit, die sich auf ihre Aufgeklärtheit so viel zugute hält, noch umfassende, eindringliche Unterweisung in der religiösen Wahrheit gibt. Viele, sehr viele erwachsene Menschen entziehen sich bekanntlich seit Jahren der Unterweisung im Worte Gottes, wie sie im Gottesdienst geschieht — nein, ich muß mich korrigieren: wie sie im Gottesdienst geschehen sollte!

Damit tauchen also eminent wichtige Fragen auf, und zwar sowohl an die Kirchen wie an die einzelnen Bürger zu richtende Fragen.

Doch ich muß zunächst — und etwas ausführlicher — einige wichtige Symptome für die religiöse Krise unserer Zeit nennen.

Den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt im Jahr 1980

ein südamerikanischer Priester-Revolutionär. Wir lasen — bezeichnenderweise wieder einmal besonders ausführlich — die Rede des Preisträgers, der die Revolution als Mittel der Menschenliebe würdigte. Das ist zweifellos weltweit entfernt von dem, was Jesus, Paulus, Petrus, Luther gemeint und gepredigt haben. Aber wer hält das heute noch auseinander? Wer versteht noch, was die neutestamentliche Botschaft meinte, wenn sie selbstverständlich für den politischen Frieden eintrat (neben dem Frieden Gottes, den die Engel auf dem Hirtenfelde für die Erde verkündigten), aber beides so unvermischt und sachlich getrennt behandelte, wie es — immer wieder muß ich darauf zurückkommen — die „Barmer Theologische Erklärung“ von 1934 getan hat. Ich fürchte fast, daß ein schriftgemäßes Verständnis für die Unterschiedlichkeit des politischen und des theologischen Auftrags nicht mehr erwartet werden kann. So weit sind wir inzwischen vom biblischen Evangelium entfernt zugunsten gesellschaftlicher Aktivitäten und Grenzüberschreitungen der herrschenden Theologie und „Predigt“.

Nun, jedenfalls waren bei der Predigt des Preisträgers Cardenal in Frankfurt in einer Kirche etwa 3 000 Jugendliche versammelt. Sie sogen nun wieder einmal das süße Gift ein, das in einer Vermischung und Verwischung von Politik und Theologie besteht. Tadeln möchte ich nachdrücklich die Angehörigen der alten und älteren Generation, die Verantwortung tragen für einen solchen Vorgang, für die Preisverleihung insbesondere.

Es gibt noch andere Symptome für die „Krise der Zeit“, das heißt, für die Krankheit unserer Generation. Max Horckheimer hat („Die Sehnsucht nach dem ganz anderen“, 1970) geschrieben: „Die Pille müssen wir mit dem Tod der erotischen Liebe bezahlen ... Die Pille macht Romeo und Julia zu einem Museumsstück. Lassen Sie es mich drastisch sagen: Heute würde Julia ihrem Romeo erklären, daß sie nur noch schnell die Pille nehmen wolle und dann zu ihm komme. Ich halte es jedoch für meine Pflicht, den Menschen klarzumachen, daß wir für diesen Fortschritt einen Preis bezahlen müssen, und dieser Preis ist die Beschleunigung des Verlu-

stes der Sehnsucht, letztlich des Verlustes der Liebe“.

Wir sind religiös krank, und wir sind deshalb auch sittlich krank, bis hin zur Auflösung der Liebe in dem dünnen Saft der Fleischlichkeit.

Ich muß in diesem Zusammenhang kurz berichten über einen Artikel, den Rüdiger Altmann im Oktober 1980 in der FAZ veröffentlicht hat. Es geht um „das Rechtsgut der Religionsfreiheit und sein Mißbrauch“.

Es geht um die Zunahme obskurer Kulte und Schwärmereien in der Welt, auch in der Bundesrepublik. Ich sage von vornherein und ganz deutlich, daß wir mit diesen Vorgängen zu bezahlen haben,

einmal für die Versäumnisse der kirchlichen Kreise, die von der eindeutigen, schriftgemäßen biblischen Botschaft abwichen und zu gesellschaftlichen Nachläufern wurden,

sodann für die Entfremdung weitester Massen unseres Volkes vom Gottesdienst, von der Bibel, von der tätigen kirchlichen Verantwortung und Mitarbeit.

Altmann führt aus, es sei „ein folgenschwerer Irrtum anzunehmen, die destruktiven Kulte seien im Begriff abzunehmen“.

Es erfüllt sich vielmehr heute — die Gründe haben wir genannt — das Verhängnis, dem man auf keine Weise zu keiner Zeit ausweichen kann: Entweder lebt der Mensch innerlich im biblischen Glauben, — oder er „schwimmt“, in platter Weltlichkeit oder in Schwärmereien.

Ein besonders bemerkenswertes, weil „erfolgreiches“ Unternehmen haben wir vor uns in der „Vereinigungskirche“. Sie ist zwar nur ein Beispiel für das, was sich in der religiösen Grauzone auch in unserem Lande abspielt, aber ein besonders lehrreiches. Inzwischen haben die „Munies“ in besorgniserregender Weise Fuß gefaßt. Sie gehören, wie Drogen und Rauschgift, zu den besonderen Gefährdungen der Jugend. Altmann hat beobachtet, daß sie auch in den Medien Fuß gefaßt haben. Wörtlich: „Die Baghvan-Gruppe stellt sich in einem Film vor, der mit großem Erfolg bei den Jugendlichen in den Kinos läuft. Die Vereinigungskirche präsentiert in den Diskussionsmagazinen der Fernsehanstalten ihren Pressesprecher Thiel als

überwältigend harmlosen „Dämonen vom Dienst“, der den schamanistischen Kern seiner Botschaft in weiße Salbe verpackt“. Die „Munies“ bieten sich als sittlich motivierte antikommunistische Avantgarde international an. Das Ziel der destruktiven Kulte ist die Errichtung der Mun'schen Theokratie, Weltfriedensregierung durch die „Transzendente Meditation“, Rettung durch Krishna. Hier wachsen überall in der Welt, aber auch mitten in unserer Gesellschaft, Eliten unfreier Menschen heran, deren inbrünstige Hingabe einer weltfremden Existenz gilt, Menschen, die ihre Identität aufgegeben haben und ihren Wirklichkeitsverlust durch die absolute Bindung an ihre Gruppe kompensieren. Altmann: „Das ist es, was sie zu Werkzeugen fremden Willens macht“ und zu skrupellosen Gegnern.

Die „Vereinigungskirche“ des Koreaners Mun beschäftigt sich mit Bestrebungen, als öffentlich-rechtliche Körperschaft anerkannt zu werden, und zwar betreibt sie schon Prozesse vor Gerichten, vornehmlich gegen Eltern, denen es unter großen materiellen Opfern gelang, ihre Kinder aus der psychischen Hörigkeit gegenüber jener „Kirche“ zu befreien und sie wieder in die Familie zurückzuholen. Man verharmlose das alles nicht!

Ich kann hier die Einzelheiten der Mun-Aktionen nicht schildern. Die Sekte besitzt ein Trainingszentrum in Camberg bei Frankfurt. Ihr „Messias“, Mun, hat durch seine freiwilligen Sammler, die an immer mehr Türen klopfen, gewaltige Geldsummen zusammengebracht. Diese Gefolgsleute sagen von sich: „Wir gleichen der Hitlerjugend in dem großen Idealismus, der uns erfüllt ... Unser Treuegefühl gegen unseren Führer ist groß“. Jene „Kirche“ besitzt inzwischen nicht nur eine Waffenfabrik in Korea, eine eigene Zeitung, eine Bank und anderes.

Doch viel schlimmer als der materielle Besitz wiegt die Tatsache, daß die Sekte unzählige Jugendliche völlig in ihren Bann geschlagen hat, sie den Eltern, der Ausbildung entfremdete.

Man kann bisher — vor allem aus Prozessen — nicht erkennen, daß die Gefahr dieser geistigen Knechtung durch Irrglauben und Schwär-

merei völlig ernst genommen würde. In unserem Lande kann man ja mittlerweile aufgrund eines verwaschenen, schwachen „Liberalismus“ in der Gesetzgebung und auch schon vor Gerichten über alles jahrelang prozessieren.

„Den Teufel merkt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte“. Das wußte Goethe schon. Das sind Probleme, die unendlich viel wichtiger sind als Ölkrisen, Gewerkschaftskämpfe, Parteiprogramme — und kirchliche Aktivitäten, die sich mit wer weiß welchen Gesellschaftsproblemen befassen und darüber die Grundlegung des Herzens und Gemütes in der Geborgenheit und im Schutz des biblischen Glaubens versäumen.

Wir wollen mit wenigen Sätzen noch die Frage erörtern, wie es kommt, daß unsere Welt, vornehmlich die Welt der Jugend, so aus den Fugen geraten ist.

Wie konnte es zu den Umständen kommen, in denen wir uns jetzt befinden?

Ich antworte schonungslos und offen: Die Saat ist aufgegangen!

Als uns die Schüler der Politologen und Soziologen, der falschen Heilsverkündiger, die besser „Missionare“ als Anwälte der Macht geworden wären, die neue Zeit verkündigten, als sie unsere Kinder in den Schulen und auf den Universitäten — aber auch im Religionsunterricht in Schule und Kirche — indoktrinierten, da wurde die Saat gesät, denn (so Goethe) „alle Schuld rächt sich auf Erden“. Wir litten die Schmerzen, wir Alten, denn wir hatten die Bosheit erlitten. Wir hörten Kinder sagen — und noch gestern hörte ich es! — es sei eben eine neue Zeit, Schuld, Irrtum und Leiden der Väter und Mütter könnten nicht übernommen werden. Es wurde vergessen, und es wird auch heute noch vergessen, daß die Grundbedrohungen der menschlichen Existenz, die den Alten zu schaffen machten, weiterhin bestehen, bestehen werden, so lange die Erde steht.

Ich will die Lehrer der Jugend, die sie falsch unterwiesen, die sie mit Träumen erfüllten, ich will auch die Kirchenleute, die eigentlich ihrem Auftrag untreu wurden, nicht beim Namen nennen. Lieber, nein, notwendiger frage ich mich selber und meine Altersgenossen, ob wir

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

aus verständlicher Scheu und Rücksichtnahme, auch aus Schmerz, unterlassen haben, was wir nicht unterlassen durften.

Der „Marsch durch die Institutionen“ wurde angetreten, und er war erfolgreich: Die Kinder und Jünger derer, die Falsches lehrten (Notwendiges unterließen), besetzten Katheder, Pulte, Richterplätze ... Kürzlich trieben Studenten (in Frankfurt) zur Wahl des Universitätspräsidenten ein Schwein in den Saal. Kürzlich erschienen zu einer Abschlußverhandlung (Urteilsverkündung) Angeklagte in abenteuerlichen Gewandungen, um auf diese Weise nicht nur die Richter, sondern das Recht zu verhöhnen. Es wird hingenommen. Wird denn am Ende im Namen einer falschen Freiheit, die tödlich ist, alles hingenommen?

Ich bekam kürzlich einen langen Brief, in dem ein ernstzunehmender Mann fragte, ob denn die Söhne des Volkes, die in der Bundeswehr dienen, ihr Land, ihre Eltern, unser Land, unsere Freiheit, überhaupt noch verteidigen wollen. Das ist eine Frage, die sich in erster Linie nicht an unsere Söhne, an die Soldaten richtet, sondern an ihre Lehrer, an die Haltung der Gesellschaft.

Wie es um die geistige und sittliche Lage unserer Gesellschaft bestellt ist, kann man an Sendungen des Fernsehens ablesen. Am 29. Oktober 1980 lief im 1. Programm der Film „Der Urlaub“. Es wurden zwei Ehepaare vorgeführt, die beide während ihres Urlaubs im Ehebruch lebten. Am Ende gestand man sich, das seien eben „Ferienenerlebnisse“ gewesen. Ehebruch als Ferienenerlebnis.

Danach zeigte das 1. Programm unter dem Titel „Bilder aus der Wissenschaft“ eine Gruppe junger Leute in Kalifornien, die ein völlig freies „Liebesleben“ praktiziert. Jede Nacht schläft jeder Partner an der „Seite“ eines anderen. Inzwischen sind zwei Kinder angekommen, und bei beiden ist die Vaterschaft „unbekannt“. Ein Wissenschaftler äußerte sich zu dem „überlebten“ Begriff Treue: „Treue ist eine Verschmelzung von Angst, Kränkung, Wut, Haß, gestörtem Selbstwertgefühl“. Ich dachte an ein Dichterwort, das in unserer alten Gummersbacher Oberrealschule an der Wand stand: „Die Treue steht zuerst - zuletzt im Himmel und auf Erden. Wer ganz die Seele dreingesetzt, dem wird die Krone werden“.

Kurz notiert

Horst Waffenschmidt: Mehr Wärme und Geborgenheit in den Kommunen

Düsseldorf/Waldbröl: Für eine familienfreundliche Stadt- und Gemeindeentwicklung hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Horst Waffenschmidt (Waldbröl), eingesetzt. Vor der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in NRW betonte er, der Schutz der gewachsenen Bausubstanz sei besser als immer mehr Hochhäuser, Wohnstraßen seien keine Schnellstraßen und in die Nähe der Wohnungen gehörten Spielplätze und Grünanlagen. Wo mehr menschliche Nähe und Geborgenheit sei, da sei weniger Einsamkeit und auch weniger Sucht nach Drogen

und Rauschgift, meinte Waffenschmidt. Nachdrücklich sprach er sich dafür aus, das „Jahr des Kindes“ in jährlich sich wiederholenden Veranstaltungen fortzusetzen und die Familienpolitik in den Städten und Gemeinden bestimmten Ratsausschüssen zuzuweisen. Unter seinen zehn Forderungen für mehr Wärme und Geborgenheit in den Kommunen befand sich auch die kostenlose Beförderung von Kinderwagen in Bussen und Bahnen.

Die Familie müsse im Mittelpunkt kommunaler Politik stehen, erklärte Waffenschmidt, „nicht der Single, nicht die Wohngemeinschaft, nicht Kommunen à la alternatives Leben“. Dies bedeutet keine Diskriminierung. Man wolle die „Nicht-Familien-Gemeinschaften oder Lebensformen“ tolerant behandeln. Die bewußte politische Förderung der Familie habe jedoch absoluten Vorrang. Ausdrücklich hob Waffenschmidt hervor, daß die Familien-

politik auch die Ausländerfamilien im Blick haben müsse. Hier liege „ein Testfall für uns alle in Sachen Menschenrechte“. Die Asylantenpolitik aber müsse sich „an strengen Maßstäben orientieren“.

Zum Familienbegriff sagte Waffenschmidt, das Grundgefüge einer Familie seien die Eheleute, sei die durch „eine förmliche Eheschließung miteinander verbundene Frau mit Mann“. Ein bloßes Zusammenleben in der Form der sogenannten Onkel-Ehe, als Ehe auf Probe oder aus einem anderen Grund „schafft keinen Familienverband“. Erst käme die Familie und dann erst kämen die „Familien-Surrogate“.

Waffenschmidt forderte für alle Mütter, in manchen Fällen auch für Väter, Erziehungsgeld. Er wünschte ferner verstärkte Finanzhilfen für familienfreundliche Wohnungen und Eigenheime sowie die intensive Förderung von Ehe- und Familienberatungsstellen.